

EMBEDDED SCIENCES

# Unis auf Kriegskurs

Die „embedded journalists“, „eingebettete“ ausgewählte Journalist\*innen, die auf Seiten der kriegführenden Staaten deren Sicht auf den jeweiligen Krieg dem Publikum vermitteln, kennen wir schon. Weniger bekannt sind die „eingebetteten“ Wissenschaftler\*innen, die den Interessen des Militärs zuarbeiten. Nicht nur naturwissenschaftliche Fächer und Ingenieurwissenschaften, auch Soziologie, Geschichte, Psychologie, Ethnologie und Sprachwissenschaften werden für militärische Zwecke eingespannt.

VON ARIANE DETTLOFF, REDAKTION KÖLN • In der Bundesrepublik Deutschland sind laut IMI (Informationsstelle Militarisierung) in den ersten zehn Jahren des 21. Jahrhunderts Wissenschaftler\_innen an 60 Hochschulen mit „wehr- und sicherheitstechnischen“ oder „wehrmedizinischen“ Fragestellungen befasst gewesen. Seither wurden es eher mehr. Dagegen richten sich die Initiativen für Zivilklauseln.

Warum ist das nötig? Eine Antwort darauf gibt u. a. die „Naturwissenschaftler\_innen-Initiative“, ein Zusammenschluss antimilitaristischer Wissenschaftler\_innen: „Der Erste Weltkrieg stellte aus (natur-)wissenschaftlicher Betrachtung ein Novum dar. Es war ein Wendepunkt für Wissenschaft und Technik, denn der Glaube, beide trügen zu Frieden und Völkerverständigung bei, wurde widerlegt. Die Wissenschaft ließ sich für den Krieg freiwillig oder unfreiwillig benutzen und einspannen; es fand eine Verwissenschaftlichung des Krieges statt. Der Erste Weltkrieg lieferte technologische Quantensprünge sondergleichen: Chemiewaffen, Kampfflugzeuge, Panzerfahrzeuge. Aber auch Raumplaner und Geographen

wurden aktiv in die Kriegsplanungen einbezogen“, stellte der Beirat der Naturwissenschaftler\_innen-Initiative im Hinblick auf das Gedenkjahr 2014 fest und verlangt, Lehren aus der historischen Kriegskooperation deutscher Akademiker zu ziehen. Katastrophaler noch war die Beteiligung deutscher Wissenschaft an den Nazi-Verbrechen.

Doch eine Lehre scheint kaum jemand daraus zu ziehen. Hieß es in den Vorkriegszeiten in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts „Alles ist Front!“ (vgl. Frank Reichherzer in der gleichnamigen Veröffentlichung), sprechen „Verteidigungs“politiker heute von „zivil-militärischen“ Aufgaben und binden immer mehr Bereiche des öffentlichen Lebens darin ein. Dabei geht es auch um die Akzeptanz der Bevölkerung für die neuen Kriege. Denn die neue „Heimatfront“ schwächt entschieden.

### „Wehrwissenschaften“ heute

Forschungen und Lehre in Naturwissenschaft und Technik, aber auch in den Geisteswissenschaften werden mittlerweile wieder militärischen Interessen dienstbar gemacht.

So wurde an der Universität Potsdam ein Studiengang für „Military Studies“ eingerichtet, und an der Freien Universität Berlin hat sich der „Sonderforschungsbereich 700“, „Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit: Neue Formen des Regierens“ etabliert. Im Auftrag des Bundesverteidigungsministeriums erstellte dieser Sonderforschungsbereich eine Afghanistan-Studie. Gerade Afghanistan gilt als »Raum begrenzter Staatlichkeit“, in den imperialistische Mächte glauben eindringen zu dürfen.

**Für eine Zivilklausel an der Uni Kassel!**

Die Bundeswehr kommt zunehmend im Ausland zum Einsatz, deutsche Rüstungsunternehmen verzeichnen Rekord-Exporte: doch der Krieg beginnt hier. Militärische Interventionen müssen geplant und Rüstungsprojekte entwickelt werden – auch an der Uni Kassel wurde schon Militärforchung betrieben. Wir fordern eine Zivilklausel an der Uni Kassel!

Was ist eine Zivilklausel?  
Eine Zivilklausel ist eine Selbstverpflichtung wissenschaftlicher Einrichtungen, ausschließlich für friedliche und zivile Zwecke Forschung und Lehre zu betreiben. Das bedeutet, dass die Universität keine Kooperationen oder Drittprojekte mit der Rüstungsindustrie oder der Armee eingetrigt bzw. durchführt. Auf Initiative von Studierenden sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wurden bereits an mehreren Universitäten Zivilklauseln in der Grundordnung festgeschrieben (z.B. in Bremen, Rostock, Tübingen).

Wohin auf der Website...

**Gegen militärische Forschung und Lehre!**  
[www.zivilklausel-kassel.info](http://www.zivilklausel-kassel.info)

AK Zivilklausel Kassel

Nicht nur das Verteidigungsministerium, auch das Ministerium für Wirtschaftliche Zusammenhänge finanziert „wehrwissenschaftlich“ interessante Forschungen etwa in Ethnologie und Geschichte, um Soldaten landeskundliches Know-How zu vermitteln und Ortskräfte einzubinden. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung stellte 2012 mehrere hundert Millionen Euro unter anderem zur Erforschung unbemannter Fluggeräte, Entwicklung von Geräten zur biometrischen Gesichtskontrolle sowie Sensoren zur Spreng- und Gefahrenstoffkontrolle bereit. Bei solch „unverdächtigen“ Geldgebern bemerkt kaum jemand hintergründige neokoloniale militärische Interessen.

Einige weitere Beispiele verdeutlichen die Vielfalt nützlicher Hochschuldienstleistungen für die moderne „Sicherheitspolitik“:

Die EADS-Tochterfirma Eurocopter unterhält an der Technischen Universität München einen eigenen Lehrstuhl für Hubschraubertechnologie. Zwischen der Universität Kassel und den Rüstungsschmieden Krauss-Maffei Wegmann und Rheinmetall Defence bestehen enghmaschige Forschungs Kooperationen. An der Universität Karlsruhe konnte gegen den Vertuschungsversuch der Uni-Leitung unter Mithilfe der Informationsstelle Militarisierung (IMI) das Militärforschungsprogramm »Cognitive Radio« aufgedeckt werden. Es handelt sich um ein rechnergestütztes Breitbandkommunikationssystem für multinationale Interventionstruppen.

### Beihilfe zum Neokolonialismus

An der Universität Marburg ließ das Pentagon anhand des Flugverhaltens von Wüstenheuschrecken erforschen, wie sich Drohnen und Munition orientieren und lenken lassen. Marburg ist außerdem Mitglied im »Netzwerk Interventionskultur«, das für „kultursensible“ Besatzungsregime forscht. Auch die Universität des Saarlandes erhielt Gelder vom US-Verteidigungsministerium, unter anderem, um die mathematische Verarbeitung von Sprachstrukturen zu erkunden.

Die Palette zeigt: „Wehrwissenschaften“ werden in den unterschiedlichsten Fakultäten betrieben. Die Mittel dafür fehlen der Forschung zur Lösung von sozialen und ökologischen Problemen. Mensch merkt: Krieg beginnt hier – doch Widerstand auch. Siehe dazu auch die Rezension des Lese-Kalenders „Neues von der Heimatfront“ in dieser Contraste-Ausgabe, Seite 10.

Die Zivilklausel-Bewegung plant unter anderem am 22. Januar 2014 eine Aktionskonferenz in Stuttgart. ●

### GESPRÄCH MIT VOLKER EICK

## »Eine Unterscheidung zwischen ziviler und militärischer Forschung wird gar nicht gewünscht...«

DIE FRAGEN FÜR CONTRASTE STELLTE ARIANE DETTLOFF, REDAKTION KÖLN

**CONTRASTE:** Vielfach ist es nicht unkompliziert, militärische und zivile Forschung zu unterscheiden (dual use). Auf welchen Gebieten ist dies besonders schwierig? Können Sie einige konkrete Beispiele schildern?

**Volker Eick:** Der Begriff Dual-Use bezieht sich ursprünglich nicht auf Forschung, sondern stammt aus der Exportkontrolle und meint Güter und Verfahren, die sowohl zivil als auch militärisch eingesetzt werden können. Dual-Use kann also das Ergebnis von ziviler und militärischer Forschung sein. Ein Beispiel für Ergebnisse aus der Grundlagenforschung, die dann zu ziviler und militärischer – also zu dualer, doppelter – Verwendung geführt hat, ist die Kernforschung, aus der Atomkraftwerk und Atombombe wurden. Beides Anwendungen, die wir heute ablehnen. Für die Forschung an Drohnen, also unbemannten Systemen, gilt das vergleichbar. Sie sind zivil und militärisch einsetzbar – und leicht mit Waffen aufzurüsten. Auch polizeilich übrigens, in den USA wird das bereits vorbereitet. Gegenwärtige Forschung zielt darauf, Drohnen mit Al-

gorithmen, »eigenständig«, – auch über Leben und Tod – entscheiden zu lassen. Auch Forschungen an Taser-Waffen, Pfeffersprays, CS-Gasen führen zu Produkten, die dann zivil und militärisch eingesetzt werden. Das deutsche Programm »Zivile Sicherheitsforschung« macht übrigens klar, dass eine Unterscheidung zwischen ziviler und militärischer Forschung gar nicht gewünscht ist. Denn dort heißt es, das »in der militärischen Forschung erworbene technologische Know-how muss auch im Bereich der zivilen Sicherheitsforschung verfügbar sein und umgekehrt. Die Differenzierung erfolgt dort, wo es um Anwendungen geht.«

### Wie ist die Forschungslage zu Kampfdrohnen in der Bundesrepublik?

**Volker Eick:** Die deutsche Industrie hinkt im Vergleich zu den USA und Israel hinterher, aber die Konzerntochter von EADS, Cassidian, darf wohl als Forschungs- und Marktführer in Deutschland für den militärischen Bereich gelten. Mit Blick auf Hochschul-, Drittmitel- und Kooperationsforschungen von Univer-

sitäten und Unternehmen ist etwa die Uni Freiburg an der Entwicklung des Bundeswehr-Transportflugzeugs Airbus A400M beteiligt, an der Universität Bremen wird an der Datenübertragung von Tornado-Kampfflügen geforscht. Der Bericht »Stand und Perspektiven der militärischen Nutzung unbemannter Systeme« aus dem Jahr 2011 (Bundestagsdrucksache 17/6904) listet weitere Universitäten auf, etwa die in Siegen, Kaiserslautern und Hannover. Interessant ist vielleicht, dass viele mittelständische Unternehmen in der Drohnenforschung aktiv sind, darunter eine Firma, die auch am Euro Hawk-Projekt beteiligt ist und bei der Stellvertretende CDU-Vorsitzende im Bundestag, Andreas Schockenhoff, im Aufsichtsrat sitzt – er ist zugleich für Außen- und Verteidigungspolitik zuständig.

### Was könnte unternommen werden, um die Zivilklausel auch bei Dual-Use-Forschungen anwendbar zu machen?

**Volker Eick:** Universitäten, Fachhochschulen, aber auch unabhängige Institute sollten Forschungsthe-

men ablehnen, die Rüstungszwecken dienen können – das ist Beschlusslage an der Universität Bremen. Auch auf Kooperationen mit Rüstungsunternehmen kann und sollte man grundsätzlich verzichten. Man kann Drittmitel- und öffentliche Geldgeber darauf festlegen, Ergebnisse der von ihnen unterstützten Projekte ausschließlich für zivile Zwecke zu verwenden. Es gibt also zahlreiche Möglichkeiten, auch wenn man zugibt, dass im Einzelfall die Abgrenzung schwierig sein kann. Die NSA beispielsweise hat ihre E-Mail-Überwachung dazu benutzt, Daten für targeted killings zu Verfügung zu stellen (Washington Post, 17.10.2013). Niemand will deshalb die Weiterentwicklung des Internet verhindern wollen. Notwendig sind auf jeden Fall informierte Transparenz und eine offene gesellschaftliche Debatte über Forschungspläne und -ergebnisse. Die eigentliche Frage ist ja: In was für einer Welt wollen wir leben? ●

Volker Eick ist Politikwissenschaftler an der Goethe-Universität Frankfurt/M. und forscht gegenwärtig zu polizeilicher Kriminalprävention.

### PLÄDOYER EINES PROFESSORS

# Für eine Zivilklausel an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Hintergrund der gegenwärtig vor allem von Studierenden getragenen Zivilklausel-Bewegung ist die Ablehnung von Krieg und Rüstung, aber auch die Kritik an einer zunehmenden Ökonomisierung der Hochschulen.

VON HARTWIG HUMMEL, POLITOLOGE, DÜSSELDORF • Zivilklauselinitiativen waren lange Zeit lokal begrenzt und wurden hochschulpolitisch kaum beachtet. Der wachsende Gegenwind gegen die Zivilklauselbewegung zeigt aber, dass sie inzwischen ernst genommen wird. Im Frühjahr 2013 sprachen sich die Rektoren der nordrhein-westfälischen Universitäten, die immer mehr auf die Einwerbung von Drittmiteln orientiert sind, gegen die gesetzliche Verankerung einer Zivilklausel aus. Auch auf der Ebene einzelner Universitäten ist die neuere Bilanz gemischt. Im Jahr 2013 führten bislang neu die Uni-

versitäten Frankfurt/Main, Göttingen und Kassel eine Zivilklausel ein, während entsprechende Anträge von den Universitätsgremien in Köln und der TU Chemnitz abgelehnt wurden.

An der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf gibt es seit etwa zwei Jahren eine entsprechende Initiative, für die auch ich mich aktiv einsetze. Konkrete Diskussionspunkte in Düsseldorf sind zum Beispiel ein Forschungsprojekt in Kooperation mit dem Bundesministerium der Verteidigung, das in der Medizinischen Fakultät in den Jahren 2001 – 2004 durchgeführt wurde, und die Beteiligung des Düsseldorfer Rüstungskonzerns Rheinmetall an einer Recruitingmesse auf dem Campus der Universität. Die Zivilklauselinitiative führte bislang mehrere Informationsveranstaltungen und eine Ringvorlesung durch. Das Interesse an der Initiative ist unter den Professorinnen und Professoren sowie den Dozierenden bisher enttäuschend gering. Sie wird daher vor allem von aktiven Studierenden getragen. Die Initiative hat eine Unterschriftensammlung gestartet,

um durch eine studentische Urabstimmung Druck zur Einführung einer Zivilklausel zu erzeugen.

Dabei hätte die Universität allen Grund, sich ausdrücklich zum Frieden zu bekennen. Sie bietet einen weltweit einzigartigen Studiengang an, in dem Studierende aus Israel, Palästina und Jordanien ein Jahr lang gemeinsam studieren und sich mit den Kriegs- und Friedenserfahrungen Europas auseinandersetzen. Und nach ursprünglichen heftigen Kontroversen bekennt sie sich inzwischen stolz zu Heinrich Heine als Namensgeber. Seitdem bleibt kaum eine universitäre Festveranstaltung ohne Heine-Zitat. Daher sollte sich die Universität auch folgende Worte Heines aus dem Jahr 1832 zu Herzen nehmen:

„Wenn wir es dahin bringen, dass die große Menge die Gegenwart versteht, so lassen die Völker sich nicht mehr von den Lohnschreibern der Aristokratie zu Hass und Krieg verhetzen, wir brauchen aus wechselseitigem Misstrauen keine stehenden Heere von vielen hunderttausend Mördern mehr zu füttern, wir benutzen zum

Pflug ihre Schwerter und Rosse, und wir erlangen Frieden und Wohlstand und Freiheit...“ (in: Vorrede zu Französische Zustände). ●

Hartwig Hummel ist Professor für Europapolitik und Internationale Beziehungen an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

**ANZEIGEN**

**Genossenschaft gründen?**

[www.genossenschaftsgruendung.de](http://www.genossenschaftsgruendung.de)

Telefon 040 - 23 51 97 90

Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.

## IRONIEN DER GESCHICHTE

# Entwicklung der Zivilklausel-Initiativen

Die Zeit, Die Welt, Der Spiegel, Die Süddeutsche Zeitung, NDR, Arte, ZDF ... bundesdeutsche Medien sind aufmerksam geworden auf die Zivilklausel-Bewegung – gerade auch aufgrund der Forschungen für das US-Kriegsministerium an hiesigen Hochschulen. CONTRASTE-Autor Dietrich Schulze hat die Entwicklung der Initiativen von Anfang an begleitet.

VON DIETRICH SCHULZE, KARLSRUHE ● Ausgerechnet im traditionell konservativen Südwesten der Republik nahm 2008 die Forderung nach einer Friedensbindung der öffentlichen Hochschulen einen neuen Aufschwung. Zuvor hatten im Zeitraum 1986 – 1991 ähnliche bundesweite Aktionen gegen die SDI-Forschung („Star Wars“) und anlässlich der nach dem Ende des Ost-West-Konflikts erhofften Friedensdividende stattgefunden. So hatten zum Beispiel 350 bundesdeutsche Wissenschaftler\*innen 1985 in einem Offenen Brief an Kanzler Helmut Kohl ihre Mitarbeit an der „Strategic Defense Initiative“ abgelehnt. Der geplante Raketenabwehrschirm im Weltall hätte eine neue Eskalation des Wettrennens bedeutet.

Die neue Zivilklausel-Initiative in Karlsruhe fand anlässlich der Fusion von (Kern)Forschungszentrum und Universität Karlsruhe zum „Karlsruher Institut für Technologie“ (KIT) statt – ersteres mit einer Zivilklausel („Die Gesellschaft verfolgt nur friedliche Zwecke.“), das zweite ohne Zivilklausel und seit Mitte der 1960er Jahre an Militärforschung beteiligt.

Die Initiative der Gewerkschaft ver.di, die bewährte Zivilklausel auf die Universität zu übertragen, wurde von der damaligen Landtagsopposition (SPD und GRÜNE) unterstützt und von den Studierenden der Uni in einer erstmaligen Urabstimmung mit einer Zustimmungquote von 63 Prozent untermauert.

Und die Ironie? Die Zivilklausel musste 1956 bei der Gründung der Atomforschungszentren als völkerrechtliche Eintrittskarte akzeptiert werden. Atomminister Strauß hatte die Zentren mit NS-belastetem Führungspersonal ausgestattet (in Karlsruhe Greifeld, Ritter, Schurr, Brandl) und wollte baldmöglichst an die Bombe. Die Entwicklung nahm jedoch einen anderen Lauf. Die Bombe blieb zwar die Option, aber die Beschränkung auf nichtmilitärische Forschung wurde

zum gelebten und heftig verteidigten Selbstverständnis des Forschungszentrums und nun gar zum geschätzten Export-Artikel.

## Meilensteine

Zwar dauert die Auseinandersetzung um die KIT-Zivilklausel bis heute an. Zu den fünf in den früheren Jahren beschlossenen Zivilklauseln (Uni Bremen 1986, TU Berlin 1991, TU Dortmund 1991, Uni Konstanz 1991, Uni Oldenburg 2007) sind jedoch seither für zehn weitere Hochschulen Zivilklauseln dazu gekommen: Uni Tübingen, Uni Rostock, TU Ilmenau, Hochschulen Bremen und Bremerhaven, TU Darmstadt, Uni Göttingen, Uni Frankfurt/Main, Uni Münster und Uni Kassel. Zu den 15 Zivilklauseln kommen nach Karlsruhe weitere fünf mobilisierende Urabstimmungen der Studierenden: Uni Köln, FU Berlin, Uni Frankfurt/Main, Uni Kassel und Uni Kiel.

Die Forderung nach Verzicht auf militärische Forschung und Lehre ist eng verbunden mit der Forderung nach öffentlicher Vollfinanzierung, um die universitäre Bildung und Forschung von Privat- und Rüstungsinteressen unabhängig zu machen und den Hochschulen die Freiheit zu verschaffen, die sie angeblich durch die Zivilklausel verlieren. Der Verfassungsrechtler Erhard Denninger hatte bereits Anfang 2009 in einem Gutachten für das KIT-Gesetz mit dem einprägsamen Begriff der „Friedensfinalität“ des Grundgesetzes bestätigt, dass die Zivilklausel als Selbstverpflichtung wie als gesetzliche Vorgabe zulässig ist. Unter „Friedensfinalität“ ist die Absicht der Autor\*innen der bundesdeutschen Verfassung zu verstehen, als Lehre aus der kriegerischen deutschen Geschichte dem Streben nach Frieden Vorrang einzuräumen. So ist in Artikel 26 bereits die Vorbereitung eines Angriffskriegs unter Strafe gestellt.

Zwei weitere Meilensteine der Zivilklausel-Bewegung waren der Kongress gegen Rüstungsforschung 2011 an der Uni Braunschweig mit TeilnehmerInnen aus 34 Hochschulen und der Gründung des bundesweiten Bündnisses „Hochschule für den Frieden – Ja zur Zivilklausel“ mit aktiver Beteiligung der Gewerkschaften und der Zivilklausel-Kongress 2012 am KIT Karlsruhe, dokumentiert in der Streitschrift „Jetzt

entrüsten! Hochschulen: Zukunftswerkstätten oder »Kriegsdienst-leister“?«.

Als wichtige Etappe sollte an den Internationalen Appell „Abandonment of Military Research. Support the University of Karlsruhe/Germany to keep their Civil Clause“ des INES International Network of Engineers and Scientists for Global Responsibility von 2009 mit dem Bürgermeister von Hiroshima und Nobelpreisträgern als Erstunterzeichnern und dessen erweiterte Fassung „Commit University to Peace“ vom Januar 2001 mit Noam Chomsky (MIT, Massachusetts Institute of Technology) erinnert werden. Ein Highlight war der Auftritt des Friedenswissenschaftlers und Whistleblowers Subrata Ghoshroy aus den USA im Dezember 2009 im voll besetzten Streikhörsaal der Uni Karlsruhe, in der er vor den verheerenden Folgen der Militarisierung am Beispiel des MIT warnte.

An zahlreichen Hochschulen wurden Zivilklausel-Arbeitskreise gebildet, Podiumsdiskussionen veranstaltet und pfiffige Aktionen organisiert. Bundesweite Zivilklausel-Koordinationsstellen und landesweite Netzwerke wie in Bayern aufgrund des Münchener Kongresses „Widerstand in Bayern bündeln!“ im Juni 2013 tragen zur Verbreitung bei. Die seit 2012 maßgeblich von der DFG-VK Baden-Württemberg ins Leben gerufene Vernetzung mit der Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr“ tut beiden Bewegungen gut, wie in der Tagung „Lernen für den Frieden“ im November 2013 in Karlsruhe sichtbar wurde. Dazu kommen interessante Beispiele von Zivilcourage (Whistleblowing).

## Status und Perspektiven

Politik und Wirtschaft wollen erneut Krieg als selbstverständliches Mittel der Politik durchsetzen, rüsten die Bundeswehr zur Interventionsarmee um, setzen Tausende Krieger fern der Heimat ein, freuen sich über die Bronze-Medaille im weltweiten Rüstungsexport und befürdern den Kampf-Drohnen-Einsatz. Kriegspropaganda und Pazifismus-Verteufelung haben mit einem Strategie-Papier der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ unter dem Titel „Neue Macht. Neue Verantwortung. Elemente einer deutschen Außen- und Sicherheitspolitik für eine Welt im Umbruch“ und dem Artikel „Rethinking German Pacifism“ von ZEIT-Redakteur

Bittner am 4. November in der New York Times eine neue Schwelle überschritten. Auf ein entsprechendes Soldaten-Klagelied hat die GEW-Vorsitzende Marlies Tepe in der ZEIT am 5. Dezember unter dem Titel „Ihr seid nicht die Schule der Nation“ einen ermutigenden Kontrapunkt gesetzt.

Stellvertretend für die schlimme Rolle ehemaliger Oppositionspolitiker seien nur zwei aus Baden-Württemberg genannt, die 2009 eine Zivilklausel für das KIT beantragt hatten. Die GRÜNE Wissenschaftsministerin Bauer sieht ihren damaligen Zivilklausel-Antrag als „Jugendsünde“ an. Der GRÜNE Ministerpräsident Kretschmann spricht in der Grußbotschaft für einen Reservisten-Kongress in der Sprache eines Militaristen von der „gestiegenen militärischen Verantwortung Deutschlands“, „dem gemeinsamen Betrieb von Rüstungsgütern“ und „Kontingenten für internationale Missionen“ als Beitrag für das Zusammenwachsen Europas. Das wird noch getoppt durch die Presseflut aufgrund der Pentagon-Finanzierung von Hochschulen. ZEIT-Herausgeber Josef Joffe scheut in seinem Artikel „Die Labor-Krieger“ nicht davor zurück, Militärforschung im Stil von de Maizières zu propagieren und Noam Chomsky zu diffamieren.

Diese wenigen Fakten zur derzeitigen Lage mögen die enormen Schwierigkeiten verdeutlichen, mit denen die Zivilklauselbewegung konfrontiert ist. Seit einiger Zeit wird das Kontra zur Zivilklausel durch ein Orwell'sches Betrugsmanöver ergänzt, eine „Friedensklausel“, die Kriegsforschung zulässt. Der Senat der Uni Kassel hat eine derartige am 4. Dezember 2013 beschlossen. Der AK Zivilklausel der Uni spricht von einem „Papiertiger“ und überreichte dem Präsidenten als Satire-Preis den „Goldenen Panzer 2013“.

Wir dürfen uns nicht entmutigen lassen. Die deutsche Geschichte mahnt unerlässlich. Es gilt an den Gründungssens der Bundesrepublik „Nie wieder!“ anzuknüpfen. In den Worten von Wolfgang Borchert 1947: „Du Forscher im Laboratorium. Wenn sie dir morgen behaupten, du sollst einen neuen Tot erfinden gegen das alte Leben, dann gibt es nur eins: Sag NEIN!“ ●

Dietrich Schulze ist Ingenieur und ehemaliger Betriebsratsvorsitzender am Kernforschungszentrum Karlsruhe.

## FREIHEIT ZUM KRIEG?

# Die Rechtfertigungen der Zivilklausel-Gegner

Die geistigen Verrenkungen mancher Gegner\_innen des Zivilklausel-Begehrens sind staunenswert – etwa die Aussage des Kieler Politikwissenschaftlers Joachim Krause, Direktor des Instituts für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel: „Diese Art von Kooperations- und Kontaktverboten (mit dem Ziel der gesellschaftlichen Ausgrenzung bestimmter Institutionen und Personen) erinnert fatal an Zeiten, in denen Universitäten in Deutschland nicht mit Menschen oder Institutionen kooperieren durften, weil diese jüdisch waren.“ Auch der AK Zivilklausel Köln erfuhr merkwürdige Begründungen für die Ablehnung seines Antrags.

VON FELIX VON MASSENBACH, ANGELA LUX UND VERA HÖLSCHER, AK ZIVILKLAUSEL KÖLN ● Am 3. Juli 2013 lehnte der Senat der Kölner Universität ab, eine Zivilklausel in die Grundordnung der Universität aufzunehmen. Der Arbeitskreis Zivilklausel hatte den Text ausgearbeitet, ein studentischer Senator brachte ihn als Antrag ein:

„Sie [die Universität] trägt als zivile Einrichtung zu einer friedlichen und zivilen Entwicklung der Gesellschaft bei, zu Völkerverständigung und zur Humanisierung der Lebensverhältnisse weltweit. Die Universität sieht sich der Aufklärung verpflichtet, sie fördert ein gesellschaftlich verantwortliches Handeln ihrer Mitglieder sowie die kritische Reflexion der politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Interessen der Zeit.“

Der Justiziar der Universität, Alexander May, der den Antrag rechtlich prüfen sollte, führt in seiner Stellungnahme die von den Gegnern von Zivilklauseln immer wieder gern ins Feld geführte grundgesetzliche Wissenschaftsfreiheit an. Dabei wird das Anliegen der Verfasser des Grundgesetzes, aus der Erfahrung der Indiennahme der deutschen Universitäten für Kriegspropaganda, Kriegsvorbereitung, Kriegsführung und Massenverrichtung während des Hitlerfaschismus die Wissenschaft von Einflussnahme partikularer Interessen frei zu halten, in ihr Gegenteil verkehrt: zur Freiheit, sich meistbietend zu verkaufen – oder genauer: zur Freiheit der Drittmittelgeber selbst. Frieden und eine zivile Orientierung der Wissenschaft sind dagegen keine Partiku-



▲ Infotisch des AK Zivilklausel Köln in der Einkaufszone  
Foto: arbeiterfotografie.com

larinteressen, sondern liegen im Menschheitsinteresse und stellen daher keine Einschränkung dar.

In Bezug auf die Problematik der doppelten Verwendung wissenschaftlicher Forschungsergebnisse nicht nur zu zivilen, sondern auch zu militärischen Zwecken – dem so genannten „Dual Use“ – erklärte May, es sei „kaum vorstellbar, dass bereits die bloße Möglichkeit der Doppelnutzung eines Forschungsergebnisses oder die Auswahl eines bestimmten Kooperationspartners“ – wie bspw. dem Militär oder Pharmaunternehmen – eine eindeutige Gefährdung verfassungsrechtlich geschützter Bereiche wie Gesundheit, Leben und friedliches Zusammenleben darstelle. Allerdings hat die Vergangenheit während des Hitler-

faschismus bereits mehrfach in nicht nur gefährdend, sondern gefährlicher Eindeutigkeit zwei Dinge bewiesen: Dass die Realität selbst das beflügelteste Vorstellungsmögen im Hinblick auf den Umgang mit wissenschaftlichen Erkenntnissen übertrifft. Und dass hierbei allein die „bloße Möglichkeit“ reicht, um Letztere zu einer ernsthaften Bedrohung für Gesundheit, Leben und Frieden in Deutschland und anderswo werden zu lassen.

Hervorstechend war die Eigenleistung dieses Juristen: ein erfundenes Neutralitätsgebot. Auch wenn die Universität eine zivile, „jedenfalls keine militärische Einrichtung“ sei, dürfe sie nicht auf eine zivile Entwicklung der Gesellschaft ausgerichtet werden. Denn

das durch die Verfassung geschützte friedliche Zusammenleben sei zwar ein Gemeinschaftswerk, die Verwirklichung geschehe jedoch sowohl durch eine zivile Gesellschaftsordnung als auch durch militärische Verteidigungsfähigkeit. Die Friedlichkeit habe zwei „Säulen zur Grundlage: Zivilgesellschaft und Militär“. Diese Zweisäuligkeit ist historisch und im Zusammenhang des Grundgesetzes falsch. Bis zur Gründung der Bundeswehr kam die Friedlichkeit ohne Soldaten und Waffen aus, und derzeit noch ist nach dem Grundgesetz die Verteidigung ein Mittel der Zivilgesellschaft, das ihr untergeordnet ist, und keine Säule neben ihr.

Die merkwürdigste Blüte war sein Verlangen, die Begriffe „Völkerverständigung“ und „Humanisierung der weltweiten Lebensverhältnisse“ nicht zu gebrauchen. Sie seien „einseitig politisch belegt und jedenfalls nicht politisch neutral“. „Ähnliches“ gelte für ein Bekenntnis zur Aufklärung. In seinem Rechtfertiger gegen solche angeblich gefährlichen linken Projekte übersah er wohl, dass „Völkerverständigung“ ein Standardbegriff in internationalen Verträgen ist und Vereinigungen, „die sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten“, nach Artikel 9 des Grundgesetzes verboten sind.

Völkerverständigung bedeutet, dass mit zivilen Mitteln international Übereinkünfte erzielt und Streitigkeiten beigelegt werden. Aufklärung ist nötig, damit die Menschen sich aus Verachtung und Unterdrückung herausarbeiten und ihre Würde entfalten können.

Mit der Ablehnung des Zivilklausel-Antrags ist der Anspruch, die Möglichkeit und daher auch die Aufgabe, dass die intellektuelle Arbeit aller auf eine Lösung der gesellschaftlichen Probleme und auf eine friedliche Entwicklung der Welt gerichtet werden kann, nicht zurückgedrängt worden. Auch im Senat hat sich durch die Auseinandersetzung eine neue Dynamik entwickelt: Mehrere Senator\_innen haben für eine Weiterführung der Diskussion gesprochen. Konkret ist bei der anstehenden Erstellung des Leitbildes der Universität die Verankerung einer zivilen Orientierung der Wissenschaft jetzt schon im Gespräch. ●



INTERVIEW MIT THOMAS GRUBER „FRIEDLICHE UNI AUGSBURG“

66 99

Anti-Kriegs-Rap

Unser lieber Vater Staat und das Militär  
treffen sich zum Lunch, ganz universitär.  
Das ist die Freiheit der Forschung zum Wohle aller.  
Wenn das 'n Witz sein soll – Oberknaller.  
Guck, wie viel Kies hier geht! Arbeitsplätze, Steuergeleider.  
Gutes deutsches Kriegsgerät dröhnt über deutsche  
Felder.  
Schuss um Schuss, Aug um Zahn. Nie wieder ein  
deutsches Opfer.  
Schöne neue Autobahn – danke, liebe Eurocopter.  
Einmal drüber, Leben weg – Carbon-Komposita,  
Messerschmidt-Aerotech – Grüß Gott, der Tod ist da.  
Gott fühlt sich verarscht. Sie hat riesen-krassen Frust.  
Weil hinterher hat vorher wieder niemand was gewusst.

Georg Stasch, Rapper, Friedliche Uni Augsburg

sehr regen Kontakt.

**Wo liegen die hauptsächlichen Schwierigkeiten für euch?**

Wir haben einen leider unpolitischen und nicht politisierenden Asta, was mir in Bayern sonst noch nie in so krasser Form begegnet ist. Er ist sehr unileitungshörig, unser Asta. Und dann eine nicht zum Gespräch bereite Universitätsleitung, die unser Anliegen immer noch als absolut irrelevant kommuniziert – das sind die größten Schwierigkeiten.

**Was bedeutet dir persönlich die Arbeit im AK „Friedliche Uni Augsburg“? Wie hat sie dich beeinflusst?**

Die Diskussionen mit verschiedensten Meinungsspektren in unserer Zivilklausel-Initiative hatten auf jeden Fall einen wahnsinnigen Einfluss auf meine politische Meinung und waren eine große Bereicherung. Das hat's für mich persönlich gebracht. Es ist wirklich eine tolle Zusammenarbeit, ein super Zusammenhalt. Ich habe dadurch auch viele solidarische andere Initiativen kennengelernt. Es ist einfach eine tolle Erfahrung, wenn man sich mit einer guten Idee so gut vernetzen kann.

**Wo hast du denn zum Beispiel deine Meinung geändert durch den Einfluss der anderen?**

Durch viele pazifistische Mitglieder in unserer Initiative bin ich in meiner Haltung zu kriegerischen Handlungen vorsichtiger geworden. Gewaltanwendung zu rechtfertigen fällt mir um einiges schwerer, und ich bilde mir meine Meinung jetzt bedachter. Ich glaube, wir haben uns da auch gegenseitig beeinflusst. Es kann sehr bereichernd sein, aus unterschiedlichsten Meinungsspektren zusammen zu kommen: Antifa, pazifistische, christliche, autonome Ecke, ein paar noch aus dem Bildungsstreik-Kontext - das ist echt toll!

# Kein Rüstungspark neben der Uni

Das Interview mit Thomas Gruber, Student der Mathematik in Augsburg, führte Ariane Dettloff, Contraste-Redaktion Köln.

**Wie kamst du zu deinem Engagement für eine friedliche Uni Augsburg, Tom?**

An Anfang standen grundsätzliche Fragen zu Drittmitteln und Auftragsforschung, insbesondere zur Forschung für Kriege, die der Markterschließung und -sicherung dienen. Durch die Implementierung einer Zivilklausel möchte ich solche Forschung an unserer Uni nach Möglichkeit verhindern.

**Welchen Anlass gab es dazu an deiner Fakultät?**

Grundsätzlich werden Drittmittel in der Mathematik sehr viel akquiriert, – aber von Rüstungsforschung erfahren wir, wenn überhaupt, nur kleine Andeutungen. Solche Forschungsvorhaben stehen unter Geheimhaltungsklauseln, ganz wie vom Drittmittelgeber – dem Bundesverteidigungsministerium – gewünscht.

**Wie bist du dazu gekommen, dich mit dieser Thematik zu befassen?**

Ich bin gegen Kriege, die der Markterschließung und -sicherung dienen sollen, wie das z. B. vom ehemaligen Verteidigungsminister Guttenberg offen kommuniziert wurde.

Ich finde es unmöglich, unsere ausbeuterische Wirtschaftspolitik militärisch zu stützen und Menschenleben zu riskieren für eine Vormachtstellung Deutschlands.

**Sind nur Studierende im AK?**

Nein. Neben festangestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern haben wir auch öfter mal Besuch von Dozierenden. Sie unterstützen uns weniger bei Aktionen als dadurch, uns zu bestärken und das Thema ins Kollegium zu tragen.

**Sind es Lehrkräfte aus dem geisteswissenschaftlichen oder auch aus dem naturwissenschaftlichen Bereich?**

Das ist tollerweise sehr gemischt. Wir haben in beiden Fächern vehemente Vertreter einer Zivilklausel – allerdings ist es schwierig für die Dozierenden, richtig Partei zu ergreifen, weil schon von der Unileitung versucht wird, sie zu bremsen oder weil es einen sehr großen Respekt vor der Übermacht der Unileitung gibt.

**Was macht ihr gerade aktuell?**

Nachdem wir auf viel Konservatismus bei Gremien und Entscheidungsträgern gestoßen sind, haben wir uns

auf Pressearbeit konzentriert und auf Veranstaltungen in der Stadt, um über UnterstützerInnen in der Öffentlichkeit Druck auf die Universität machen zu können.

**Und wie sind die Reaktionen?**

Das Presseecho ist sehr gut. Wir schreiben zur Zeit auch recht kräftig Pressemitteilungen. Und unsere Veranstaltungen in der Stadt sind sehr gut besucht, mit angelegten Diskussionen. Das macht richtig Mut gegenüber der passiven Einstellung unserer Unileitung und sogar unseres Astas, leider.

**Wie viele Menschen kommen zu euren Veranstaltungen?**

Es kommt drauf an, ob Autonomes Zentrum oder Evangelisches Zentrum – zwischen 20 und 60. Das Autonome Zentrum ist halt klein, war aber rappelvoll.

**Welche Veranstaltung plant ihr jetzt gerade?**

Zum Thema „Forschen für Krieg oder Frieden – Brauchen Hochschulen eine Zivilklausel?“ wird es einen Vortrag geben, unterbrochen von Texten, Musik und Diskussion. Wir haben in unserer Initiative und im Unterstützerkreis auch Künstler und Künstlerinnen. Heide, eine Singer-Songwriterin, macht themenbezogene Musik, und Georg rappt - auch themenbezogen. Manchmal wird aus Dürrenmatts Physikern vorgelesen, wo es um das Dilemma des Wissenschaftlers in Bezug auf den wehrrelevanten Teil seiner Forschung geht.

**Ihr habt auch ein Problem mit dem sogenannten Innovationspark, der direkt neben der Uni entstehen soll?**

Richtig. Der Innovationspark war der Auslöser unserer Initiativgründung. Dort sollen sich verschiedene Unternehmen ansiedeln, unter ihnen auch namhafte Rüstungsunternehmen wie z.B. Cassidian, Premium Aerotec oder Stiftungen und Institute, die wehrrelevante Forschung betreiben wie das Fraunhofer-Institut oder auch die DLR (Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt). Der „Innovationspark“ soll in Uni-Nähe entstehen, da sich die Unileitung und das Management des Innovationsparks eine engere Zusammenarbeit und eine leichtere Drittmittel-Acquirierung von diesen Unternehmen erhoffen.

**Was hat es auf sich mit der Carbon-Faser-Forschung, die Ihr für problematisch haltet?**

Im Moment ist es so, dass die Carbonfaser-Technik einen sehr großen Teil des Innovationsparks einnehmen soll. Die Carbon Composites Group, die sich dort an-

siedeln soll, ist verbunden mit Rüstungsunternehmen. Es handelt sich um eine Leichtbautechnologie, die für Flugzeuge und auch Militärflugkörper verwendet wird.

**Welche Rüstungskonzerne werden im „Innovationspark“ noch eine Rolle spielen?**

Man weiß immer noch nicht konkret, wer diese Gebäude gekauft hat. Es wird alles unter Verschluss gehalten, und auch mehrere Anfragen unsererseits und der Grünen oder Linken im Stadtrat ergaben nur abwehrende Reaktionen.

**Ihr habt auch vorgeschlagen, es sollte statt Innovationspark eher „Rüstungspark“ heißen?**

Es wär' halt leider passender! Die Mittel für friedliche Innovationen zu verwenden, das wäre natürlich sehr schön – man könnte auch einen Innovationspark ohne Konzerne aufbauen und ihn der Uni angliedern. Wir könnten den sicher gut gebrauchen.

**Ihr habt euch auch mit der Geschichte einiger Augsburger Rüstungsfirmen beschäftigt?**

Ja, da ist besonders die MAN Maschinenfabrik Augsburg/Nürnberg zu nennen, die damals im Nationalsozialismus U-Boot-Dieselmotoren gebaut hat, die auch heute noch im firmeneigenen Museum stolz präsentiert werden. Dabei wurden damals auch viele Zwangsarbeiter beschäftigt. Die Kritik an der Firmenvergangenheit – vor allem wenn diese Firmen ihre Vergangenheit nicht ausreichend aufarbeiten - ist meiner Meinung nach essentiell.

**Messerschmidt soll sogar ein eigenes Konzentrationslager gehabt haben...**

Das wusste ich nicht. Jedenfalls haben die vielen Rüstungsbetriebe hier dann auch nicht unbegründet verheerende Bombardements der Alliierten auf Augsburg gelenkt.

**Was betrachtetst du als Erfolge eurer bisherigen Arbeit?**

Ich glaube, dass wir unter den Studierenden ein Bewusstsein geschaffen haben für die Rüstungsforschung, die uns jetzt ins Haus steht. Außerdem haben wir auch viel in die anderen bayrischen Universitäten getragen. Wir konzentrieren uns zur Zeit auf bayrische Vernetzung. Einige stehen noch ziemlich am Anfang. Da können wir unser gesammeltes Wissen weitergeben. Die Regensburg Uni ist dabei, Nürnberg-Erlangen, Würzburg - in München fehlt von Uni-Seite leider noch eine Initiative, aber mit verdi München haben wir einen

## UNILEAKS

## Kampf um eine Zivilklausel an der Universität Kassel

Generell ist es ein großes Problem der Zivilklausel, dass die Militärforschung an den Universitäten geheim ist. Deswegen haben wir uns in Kassel die Frage gestellt: Wie kommen wir an Informationen?

VON ANDREAS LINEAL, AK ZIVILKLAUSEL KASSEL • Wir wollen natürlich erfahren, ob und wo hier Militär- und Rüstungsforschung betrieben wird. Aber die Unileitung hat immer abgeblockt und behauptet, hier fände derlei nicht statt. Teilweise haben wir aber aus unseren eigenen Fachbereichen gehört, dass dort wohl Militärforschung betrieben wird. Die Materie ist höchst undurchsichtig.

Deshalb haben wir einen Whistleblower-Briefkasten vor den Asta gehängt und dazu aufgerufen, uns anonym Informationen zuzuspielen – angelehnt an Wikileaks. Wir nennen das „Unileaks“. Zusätzlich zum Briefkasten haben wir tausend Briefe an die wissenschaftlichen Mitarbeiter und Dozenten und Dozentinnen verteilt, in denen sie aufgefordert werden: Wer Informationen hat, stecke sie bitte in den Briefkasten.

Bis heute blieb jedoch der Briefkasten leer. Es kann sein, dass wirklich nichts stattfindet – aber man weiß es eben nicht. Wir hatten gedacht: Wenn an einem Lehrstuhl Militärforschung betrieben wird, mag es da auch kritische Leute geben, die darauf aufmerksam machen möchten. Dazu braucht es allerdings Zivilcourage.

Nach einem Monat hat die Unileitung reagiert – das war quasi das Erste, was uns „geleakt“ wurde. Der Uni-Präsident schrieb höchst persönlich einen Brief an alle Dozent\_innen und Uni-Mitarbeitenden, in dem er auf unseren Brief-

kasten Bezug nimmt. Darin verlangt er, uns auf keinen Fall Informationen zu geben. Der AK Zivilklausel rufe zum Geheimnisverrat auf! Das sei Denunziation. Wer solches tue, sei ein übler Verräter. Dies zeigt, dass das Präsidium schon Angst, ja geradezu Panik hat. Und das ist natürlich ein Anzeichen dafür, dass sie etwas zu verbergen haben. Transparenz fürchten sie wie der Teufel das Weihwasser.

Natürlich müssten die Menschen, die uns über Forschungen im Dienst des Militärs informieren würden, Vorsicht walten lassen. Aber wir gewährleisten volle Anonymität. Wir wüssten ja selbst nicht, wer etwas geschrieben hätte.

Die Unileitung hat uns vorgeworfen, wir würden so einen Leak sofort veröffentlichen, ohne zu prüfen, ob es der Wahrheit entspricht. Wir würden aber selbstver-

stänglich selbst gründlich nachrecherchieren. Allerdings würden wir keinesfalls der Unileitungszugänglich machen, was wir erhalten haben. Wir würden sie aber auffordern, Stellung zu nehmen und erklären, dass wir damit an die Öffentlichkeit gehen würden, falls ein Vorwurf dieser Art nicht in angemessener Zeit von der Universität entkräftet würde.

Die Briefkasten-Aktion haben wir gestartet, um das Uni-Präsidium aus der Reserve zu locken. Denn zunächst hatte es versucht, das ganze Thema Zivilklausel totzuschweigen. Der Whistleblower-Briefkasten hat diese Strategie durchkreuzt. Er wurde in den Medien breit dargestellt. Das ZDF zum Beispiel hat daraufhin hier gefilmt und über die Zivilklausel-Initiative berichtet.

Die neue Strategie des Unileitungspräsidenten Rolf-Dieter Postlep ist es nun zu erklären, eine Zivilklausel halte er für gut – aber nur nichts Bindendes. Das ist der Kurs, den mittlerweile viele Universitäten fahren: Zivilklausel ja, aber bitte ein Papiertiger. Das liest sich dann irgendwie gut. So wurde am 4. Dezember 2013 auch eine Klausel im Kasseler Senat beschlossen. Trotzdem kann immer ohne Weiteres dagegen protestiert werden. Wir wollen dagegen eine Zivilklausel, die den Namen auch verdient. Die meisten Universitäten haben eine Zivilklausel nicht einmal als Muss-, sondern als Kann- oder Soll-Bestimmung und ohne ein Kontrollgremium oder, wie es der Idealfall wäre, Transparenz für die Öffentlichkeit. Daher halten wir es für elementar wichtig, regelmäßig die Forschungsanträge zu sichten und darauf zu achten, ob zum Beispiel Rüstungsfirmen dabei sind wie Krauss-Maffei Wegmann oder Rheinmetall usw.

Damit es nicht bei Papiertigern bleibt! •



Foto: AK Zivilklausel Kassel

## HENRY KISSINGER-PROFESSUR IN BONN

## „Geburtstagsgeschenk“ für einen Kriegsverbrecher

Der Asta der Universität Bonn steht in der „Direktfinanzierung eines Lehrstuhls durch das Verteidigungsministerium ein Novum, welches wir als eine unzulässige Einmischung in die zivile Hochschullandschaft bewerten“.

VON MARKUS GROSS, KÖLN, INITIATIVE „BUNDESWEHR WEGTRETEN“ ● Anlässlich seines 90. Geburtstags im Mai 2013 gab die Friedrich-Wilhelm-Universität Bonn bekannt, dass dort ab 2014 eine sogenannte „Henry-Kissinger-Prozessur für internationale Beziehungen und Völkerrechtsordnung unter besonderer Berücksichtigung sicherheitspolitischer Aspekte“ eingerichtet werden soll.

Dieses hätten laut einer Pressemitteilung der Hochschule Verteidigungsminister De Maizière und Außenminister Westerwelle beschlossen. Andere Namensgeber hätten nicht zur Debatte gestanden, so der Direktor des Instituts für Völkerrecht an der Uni Bonn Rudolf Dolzer. De Maizière erklärte, Kissinger sei „einer der größten Staatsmänner des 20. Jahrhunderts und ein brillanter Wissenschaftler“ und sein 90. Geburtstag sei ein „wunderbarer Anlass, seine Verdienste durch die Einrichtung einer Professur (...) auf ganz besondere Art und Weise zu ehren.“

Die geplante Stiftungsprofessur soll über fünf Jahre lang mit jährlich insgesamt 300 000 Euro finanziert werden, von denen das Verteidigungsministerium 250.000,- trägt, weitere 50.000,- soll das Außenministerium übernehmen. Diese Beträge sollen in den (bisher noch nicht verabschiedeten) Bundeshaushalt 2014 eingestellt werden. Nach fünf Jahren soll die Bonner Universität die Finanzierung übernehmen. Dies ergab eine kleine Anfrage der Grünen an die Bundesregierung am 05.09.13, nachzulesen unter <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/14/1714706.pdf>.

Schnell regte sich an der Uni Bonn Protest. Der

ASTA der Uni, das Student\_innenparlament, die Gewerkschaft Ver.di, Friedensgruppen und auch Wissenschaftler anderer Hochschulen werten die geplante Einrichtung der Stiftungsprofessur und vor allem die Benennung nach Henry Kissinger als Provokation und haben mit ersten Protestaktionen begonnen.

Sie machen den Namensgeber der geplanten Professur verantwortlich für schwerste Menschenrechtsverletzungen während der siebziger Jahre, vor allem während des Vietnam-Krieges, in Südostasien und Südamerika. Henry Kissinger, ehemaliger „Nationaler Sicherheitsberater (1969-1973) und US-Außenminister (1973-1977) wird in einer Studie vom 11. September 2011 des „European Center for Constitutional and Human Rights“ über seine Beteiligung an Kriegsverbrechen verantwortlich gemacht unter anderem für die amerikanischen Bombardierungen von Laos und Kambodscha, die Unterstützung rechter Militärs in Chile beim Sturz der gewählten sozialistischen Regierung sowie die Massaker der pakistanischen Streitkräfte im heutigen Bangladesch und der indonesischen Streitkräfte in Osttimor. Bei diesen Ereignissen kamen Tausende Oppositionelle und Zivilist\_innen ums Leben, viele Personen verschwanden oder wurden gefoltert.

Schon 1971 erklärte General Telford Taylor, einst US-Chefankläger bei den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen: „Wenn der Maßstab von Nürnberg auch auf US-amerikanische Staatsmänner angewendet würde, die den Vietnam-Krieg erlassen haben, dann bestünde die sehr hohe Wahrscheinlichkeit, dass sie das gleiche Ende nehmen würden wie der oberste Militärführer des japanischen Kaisers“ (der mit dem Tod durch den Strang gestraft wurde.)

Gegen Kissinger wurden bereits mehrere Klagen beim Internationalen Gerichtshof in Den Haag eingereicht, mehrere Richter, die vor allem wegen der Verbre-

chen im Zusammenhang mit dem Putsch in Chile 1972 ermittelten, schickten ihm Vorladungen zu, denen er sich aber jeweils entzog.

Und auch heute noch hat Kissinger seine Finger weiter in blutigen Spiel: Aktuell leitet er die sogenannte Core Group, eine Gruppe „hochrangiger Politiker und Militärs“, die die Sicherheitskonferenz SIKO vorbereitet, die im Februar 2014 in München stattfinden wird.

Im Koalitionsvertrag der neuen schwarz-roten Bundesregierung heißt es: „Der Zugang der Bundeswehr zu Schulen, Hochschulen (...) ist für uns selbstverständlich.“ Und stolz schreiben die „Jugendoffiziere“ der Bundeswehr in ihrem Jahresbericht für 2012: „Erstmals arbeiteten die Jugendoffiziere im vergangenen Jahr mit der Universität Bonn.“

An der Uni Bonn formiert sich Widerstand – aktuell hat der ASTA der Hochschule mit einer Filmreihe begonnen, um die Kommiliton\_innen über die Verbrechen Kissingers aufzuklären. ●

## INFO

## Tipp und Links:

Literaturtipp: Frank Reichherzer: Alles ist Front! Wehrwissenschaften in Deutschland und die Bellifizierung der Gesellschaft vom Ersten Weltkrieg bis in den Kalten Krieg. Ferdinand Schöningh, Paderborn 2012

☞ <http://zivilklauselkassel.blogspot.de/>

☞ [www.lemenfuertdenfrieden.de](http://www.lemenfuertdenfrieden.de)

☞ [www.zivilklausel.de](http://www.zivilklausel.de)

☞ <http://www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf>

☞ <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20121230.pdf>

☞ <https://www.hochschulwatch.de/wiki/Hauptseite>

## ZOFF IM DGB-WORKSHOP

## „... waren immer gegen Aufrüstung, Militarismus und Krieg“



Foto: AK Zivilklausel Kassel

Die Zivilklausel-Bewegung wird an vielen Hochschulorten von gewerkschaftlichen Gruppen unterstützt. Der militärischen DGB-Führung ist das eher unangenehm.

VON CHRISTIAN HARDE, TÜBINGEN ● So, wie es lief, war es offensichtlich nicht geplant. Schon am Eingang der Berliner Kalkscheune standen Holzkreuze mit Stahlhelmen darauf. „In Stalingrad besiegte uns der Winter. Jetzt haben wir den SOMMER“, davor etliche Gewerkschafter\_innen in weißen und gelben T-Shirts – aufgedruckt ein symbolischer Handschlag zwischen DGB und Bundeswehr. „Niemals!“ Denn dem Anschein nach sollte diese Veranstaltung ohne nennenswerte Beteiligung der Gewerkschaftsbasis den Annäherungskurs der DGB-Führung um Michael Sommer an die Bundeswehr absegnen. Das musste man jedenfalls nach dem Treffen von Sommer mit „Verteidigungsminister“ de Maizière im Frühjahr 2013 befürchten, als von Sommer widersprochen hingegenommen wurde, dass der Minister die zur weltweit einsetzbaren Interventionsarmee umgebaute Truppe als „Teil der Friedensbewegung“ schönzureden suchte.

Der folgende Protest der Basis machte jedoch deutlich,

dass nicht einfach zur Tagesordnung übergegangen werden konnte. Daher wollte die DGB-Führung offenbar mit handverlesenen Funktionären und Betriebsräten diesen sogenannten Workshop am 23. Oktober 2013 in Berlin durchziehen, um Zustimmung zum Schmucksektors mit der Armee zu inszenieren. Das Programm der Tagesveranstaltung war eng getaktet und sollte ursprünglich keine Vertreter der Friedensbewegung zu Wort kommen lassen. Erst nach vehementem Protest u.a. der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, die selbst deutlich Position gegen die Bundeswehr an Schulen und Hochschulen sowie für Zivilklauseln bezogen hat, wurde Reiner Braun, Geschäftsführer der militärkritischen „Vereinigung Deutscher Wissenschaftler“ auf das Podium geladen. Zusammen mit der Mehrzahl der Referent\_innen bildeten aber Anhänger\_innen des Militärinterventionismus im „Workshop“ die Mehrheit. Von Moderator Paul Elmar Jörns (WDR, Preisträger der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Beirat Innere Führung) alarmistisch auf (präventive) Militärinterventionen eingestimmt, hätte die ganztägige, als „Workshop“ deklarierte Top-down-Veranstaltung beginnen sollen. Für Nachfragen und Diskussion waren gerade einmal 45 Minuten vorgesehen.

## „Zielführung“ – wohin?

Es kam anders. Michael Sommer musste mit seiner Einführung warten, bis eine wohlformulierte Protestnote der GEW verlesen war. Bezeichnend war dann für wachsame Zuhörer\_innen der Rede des Vorsitzenden des Gewerkschaftsbunds möglicherweise auch die Vergangenheitsform in seiner Formulierung: „Die Gewerkschaften waren immer gegen Aufrüstung, Militarismus und Krieg.“ Aktivist\_innen der Münchner Frauen-Friedens-Konferenz und der Kampagne „Wir widersprechen“ sorgten dafür, dass Sommer seine Rede unterbrechen musste. Es folgten viele Zwischenrufe, die den ganzen Tag nicht mehr aufhören sollten. Auf die Transparente reagierend, die Aktivist\_innen vor die

Leinwände hielten, forderte Sommer eine „sprachliche Abrüstung“ und verwahrte sich gegen den Vorwurf, ein „Kriegstreiber“ zu sein. Das hatte allerdings so auch niemand behauptet. Sommer wünschte sich eine Diskussion, die „zielführend“ verlaufen solle, was das auch immer heißen mochte.

Neben Reiner Braun fielen durch kritische Beiträge besonders zwei Referent\_innen auf: Marlis Tepe (GEW und DGB-Bundesvorstand) sprach sich auf dem Abschlusspodium für die Verabschiedung von Zivilklauseln und dafür aus, alle Kooperationen zwischen Bundeswehr und Schule zu beenden. Wolfgang Uellenberg-van Dawn (ver.di) forderte: „Friedensbewegung an die Macht!“

Der Protest hatte einen ersten Erfolg: Marlis Tepe kündigte an, dass noch vor dem DGB-Bundeskongress im Mai 2014 eine Folgetagung zum Verhältnis DGB–Bundeswehr, allerdings in einem anderen Format, stattfinden solle. Gleichwohl bleiben antimilitaristische Aufklärung und Protest auch in den Gewerkschaften weiterhin notwendig. ●

Christian Harde ist Historiker und Mitglied der Gewerkschaft ver.di, Tübingen.

## WHISTLEBLOWING



## Friedensforschung für den Krieg?

Wenn eine Universität die Zivilklausel unterschreibt, verpflichtet sie sich, nur für zivile Zwecke zu forschen. Eine dieser Unis ist die in Tübingen. Sie führte 2009 eine Zivilklausel ein. Ebenso einen neuen Sonderforschungsbereich mit dem Namen „Bedrohte Ordnungen“. Irma Kreiten arbeitete von 2005 bis 2008 in dem Vorgängerprojekt „Kriegserfahrungen“ als Historikerin und Ethnologin.

Sie forschte über die Tscherkessen, die großräumig aus Russland vertrieben wurden. Dabei stieß sie auf voreingenommene Sichtweisen und personelle wie inhaltliche Verbindungen mit dem „Militärgeschichtlichen Forschungsamt“ der Bundeswehr. Für sie verhält sich die Uni Tübingen deutlich im Widerspruch zur Zivilklausel. Im Interview mit „CONTRASTE“ erklärt sie warum.

DIE FRAGEN FÜR CONTRASTE STELLTE INSA POHLNGA

Frau Irma Kreiten, Sie arbeiteten ab 2005 im Sonderforschungsbereich „Kriegserfahrungen“ der Uni Tübingen. Mit welcher Intention? Ich war im Vorfeld des Irak-Kriegs im Friedensplenum Tübingen aktiv geworden. Das war auch der Grund, warum mich das Forschungsthema „Kriegserfahrungen“ interessiert hat. Ich dachte, dass ich dort auch als Pazifistin kritisch untersuchen kann, wie militärische Gewalt, Radikalisierung und Polarisierung von verschiedenen Bevölkerungsgruppen zustande kommt, wie genozidale Gewalt aufkommt und sich verhindern lässt.

Welche Erfahrungen haben Sie damit gemacht?

Mir wurde nahegelegt, nicht von einem Genozid an den Tscherkessen im Kaukasus zu sprechen, sondern von „Umsiedlungen“. Nachdem ich mich argumentativ dagegen gewehrt hatte, wurde meine wissenschaftliche Kompetenz, die zuvor außer Zweifel gestanden hatte, in Frage gestellt. Zudem wurden die Mittel für meine Forschungsreisen gestrichen. Und mir wurde nahegelegt, mich auf Quellenmaterial hauptsächlich aus der Soldatenperspektive zu stützen.

Beim Sonderforschungsbereich „Kriegserfahrungen“ gab es keine offiziellen Kooperationen, aber vielfältige Verbindungen zum „Militärgeschichtlichen Forschungsamt“, personelle wie inhaltliche, die aber nicht offengelegt wurden. Einer der DFG-Gutachter, die darüber entschieden haben, ob der SFB „Kriegserfahrungen“ in eine dritte Phase geht, war beispielsweise Prof. Dr. Holm Sundhausen, der gleichzeitig Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats Einsatzunterstützung des Militärgeschichtlichen Forschungsamts ist. Eine weitere Verbindung gab es über Prof. Dr. Eckart Conze. Er hat in Tübingen promoviert und sich dort habilitiert und war ebenfalls im wissenschaftlichen Beirat des MGFA. Besonders wichtig ist Prof. Dr. Gottfried Korff, der wesentlich an der Gründung des SFB beteiligt war und auch im erweiterten wissenschaftlichen Beirat des MGFA sitzt.

Was ist denn das Tätigkeitsfeld des „Militärgeschichtlichen Forschungsamts“?

Das MGFA ist eine Einrichtung der Bundeswehr. Es gibt in ihm beispielsweise einen Bereich „Einsatzunterstützung“, der die sogenannten „Wegweiser zur Geschichte“ herausgibt. Das sind regionale Sammelbände für Soldaten über Landstriche wie den Kaukasus, den Kosovo oder Afghanistan. Damit sollen sie sich im Vorfeld einen landeskundlichen Überblick verschaffen und auf ihren Einsatz vorbereiten.

Aberr seit Dezember 2009 hat die Uni Tübingen eine Zivilklausel. Ist die Forschung seitdem zivil geworden?

Die militaristischen Tendenzen haben sich ganz im Gegenteil verstärkt. Ich nehme an, das ist u.a. deswegen trotz Zivilklausel möglich, weil militärisch relevante Forschung einfach als neutrale Friedens- und Konfliktforschung ausgegeben wird. Eine der ersten Publikationen des neuen SFB „Bedrohte Ordnungen“ ist eine von Prof. Dr. Andreas Hasenclever erstellte Broschüre des Landes Baden-Württemberg zur Terrorbekämpfung. Hier tritt die militärische Relevanz dann auch offen zu Tage.

In den beiden Tübinger Forschungsbereichen ging es meines Erachtens gezielt darum, das Militärische und das Sprechen über Krieg akzeptabler zu machen, es in die Gesellschaft zu integrieren und einen Brückenschlag zwischen ziviler und militärischer Forschung zu leisten.

Vielen Dank für das Gespräch.

Insa Pohlenga ist Wissenschaftsjournalistin und lebt in Köln.